

SVP will die Stadt an die Kandare nehmen

Die kantonale SVP möchte die Stadtzürcher Sozialpolitik unter Kuratel stellen. Die Kantonsräte Claudio Schmid (Bülach) und Barbara Steinemann (Regensdorf) haben den Regierungsrat aufgefordert, die gesetzlichen Grundlagen für eine «Lex Sozialhilfe Zürich» zu erarbeiten, um den Lastenausgleich für die Stadt in diesem Bereich detailliert zu reglementieren. Grund: die «Exzesse der städtischen Sozialhilfe». Der Hotelfall sei keine Ausnahme, schreiben die beiden in einer Motion, es sei deshalb «nicht übertrieben, dem Kanton gegenüber seiner Hauptstadt griffigere Massnahmen mit gesetzlicher Grundlage an die Hand zu geben». Andere Gemeinden verwendeten die kantonalen Beiträge «wesentlich sorgfältiger, verantwortungsbewusster und wohl auch zielgerichteter».

Der Regierungsrat hält nichts von diesem Vorschlag. Der jährliche Lastenausgleich an die Stadt im Bereich Sozialhilfe sei eher gesunken als gestiegen: 1999 bis 2001 je 30,4 Millionen Franken, 2002 bis 2004 27,1 Millionen, 2005 bis 2007 27,7 Millionen. Zudem lägen die Sozialausgaben der Stadt «bei weitem nicht an der Spitze» der Gemeinden. Eine «Lex Sozialhilfe Zürich» wecke aber vor allem rechtsstaatliche Bedenken: Der Kanton müsse alle Gemeinden gleich behandeln. (hpb)